

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzene oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, t. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 99.

Mittwoch, den 29. April 1914.

21. Jahrg.

## Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder!

In wenigen Tagen feiert das klassenbewusste Proletariat der ganzen Welt wieder wie alljährlich den 1. Mai. In diesem Jahre, wo die Heze der Scharfmacher gegen die siegreiche Arbeiterbewegung mehr denn je entfaltet wird, gilt es besonders wichtig für die proletarischen Ideale zu demonstrieren. Sorge daher jeder für eine möglichst umfangreiche und würdige Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai.

Hierzu 1 Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“

### Die neue Regierung in Japan.

Von Sen Katajama.

Der Ursachen für den Fall des Ministers Yamamoto gibt es viele, die hauptsächlichste ist die Karl-Richter-Affäre. Denn mit dieser begann die Aufdeckung der Korruption in der Marine. Das Ministerium kam von Tag zu Tag in schlechtere Lage und in jeder Sitzung des Parlaments zeigte sich mehr und mehr die Schwäche der Regierung. In den Antworten der Minister auf die Anfragen der Opposition enthüllte sich immer mehr deren zweideutiges Verhalten in der Bestechungsaffäre. So antwortete der Minister des Innern dem Abgeordneten Shimata, er wisse nichts über Karl Richter und dessen Verbrechen, aber auch der Abgeordnete Shimata erfuhr sehr bald, daß der Minister durchaus unterrichtet war. Es existiert nämlich ein Dokument, der offizielle Bericht eines Detektivs, der Richter außerhalb Japans gefolgt war. Diese Dokumente enthalten alle Details über die Transaktion zwischen Richter und Pooley einerseits und Pooley und Herrmann von den Siemens-Schubert-Werken andererseits. Der Marineminister Saito machte sich derselben Unwahrhaftigkeit schuldig, er sagte im Unterhaus, daß in der Marine niemand sei, der irgend welche Gelder von Lieferanten angenommen habe. Einige Tage nach dieser kühnen Behauptung wurden zwei Offiziere, der Admiral Fujii und der Kommandeur Sawagaki, wegen Annahme von Bestechungsgeldern dem Kriegsgericht überliefert.

Der Minister des Innern bestreitet auch, daß am 10. Februar Polizisten mit gezücktem Säbel gegen das Volk vorgegangen seien. Demgegenüber wurde durch Verzele festgestellt, daß zahlreiche Personen durch Polizeisäbel verletzt worden sind. Die scharfen Angriffe, die die Presse gegen den Minister des Innern richtete, suchte dieser dadurch zum Schweigen zu bringen, daß er die betreffenden Blätter in schändlicher Weise verfolgte. Einige Blätter wurden fast täglich konfisziert, das eine nicht weniger denn 19 mal. Selbst eine Monatschrift, „Das neue Japan“, die unter Kontrolle des Grafen Okuma erscheint, verfiel der Konfiskation. Sodann wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, namentlich solcher Personen, die die zahlreichen Massen-Meetings vorbereitet hatten. Aber alle diese Verfolgungen vermochten nicht, dem Ministerium die frühere Festigkeit wiederzugeben; im Gegenteil, die Macht und das Ansehen der Regierung ging immer mehr zurück, das Vertrauen des Volkes hatte sie ganz verloren. Im Oberhaus richteten die Peers, deren politische Ziele sich in diesem Falle mit den Wünschen des Volkes deckten, immer heftigere Angriffe gegen das Ministerium. Der Baron Murato, der Führer der Opposition im Herrenhaus, führte eine äußerst heftige Sprache gegen den Premierminister, den er als den eigentlichen Chef der Korruption bezeichnete: „Sie sind gar nicht befähigt, über Recht oder Unrecht zu entscheiden. Von Ihrer Sorte kann man in den Gefängnissen viel finden. Kennen Sie nicht das japanische Strafgesetz? Warum erheben Sie nicht Anklage gegen die Korwürfe, um sich von dem schimpflichen Verdacht zu befreien? Es gibt keinen größeren Schuft in Japan als Sie. Das Volk hat Sie öffentlich einen Verräter genannt, den obersten der Trintgelbnehmer. Sie hängen am Geld und kleben an Ihrem Posten, an des Landes Wohl denken Sie nicht!“

So die Anklagen. Und Yamamoto konnte ihnen gegenüber nur eitles Gestammel vorbringen. Am 24. März erfolgte endlich die Demission des Ministeriums.

Das Kabinett Yamamoto ist gefallen durch die Opposition der Peers, gestützt durch die Opposition der Mehrheit des Unterhauses gegen das Budget. Vom Standpunkt der konstitutionellen repräsentativen Regierungsform hätte das Ministerium nicht zurücktreten dürfen, sondern es hätte zunächst das Volk durch Neuwahlen befragen müssen. Die Kräfte wurde aber in anderer Weise gelöst. Der Kaiser berief die „Genro“, ein neues Ministerium zu bilden. Diese „Genro“ ist der „Rat der ursprünglichen Staatsmänner“. Es sind das Veteranen im Staatsdienst, die eigentlichen Gründer der jetzigen japanischen Verfassung, die bekanntlich infolge einer Revolution zustande kam. Damals wurde das feudale Regierungssystem zerstört, das moderne Japan aufgerichtet. Konstitutionell hat die „Genro“ keine Existenzberechtigung, aber in Wirklichkeit haben diese Männer, es sind deren zurzeit nur fünf, eine große Macht; sie können Ministerien machen und vernichten. So gelang es der „Genro“ auch, das neue Ministerium Kiyoura zu bilden ohne Rücksicht auf die politische Meinung des Landes. Alle Parteien und auch die Presse hat das jetzige Ministerium, das sich als unparteiisches Geschäftsministerium gibt, gegen sich. Trotzdem wird es sich doch einige Zeit halten können, wenigstens bis nach den kommenden Krönungsfeierlichkeiten.

Die Aufstellung des nächstjährigen Budgets wird für jede Regierung eine schwierige Aufgabe sein nach dem Resultat der Abstimmung in diesem Jahre. Das Unterhaus hat das Recht, das Budget zuerst zu beraten und darüber abzustimmen. Es ist also unmöglich, irgend ein Gesetz der Regierung durchzubringen, wenn sich nicht schon hier eine Majorität findet. Die Politik des neuen Ministeriums ist noch nicht bekannt, aber sicherlich wird sie sich in erzkonservativer Richtung hin bewegen. Der Justizminister ist derselbe Mann, der unseren Genossen Kotoku und andere den Hektern überlieferte. Und der Premierminister selbst ist bekannt als ein scharfer Gegner der freien Presse und des Vereinsrechts. Zweimal bereits war er Chef der Polizei und auch schon Justizminister. So ist zu erwarten, daß dieses Ministerium jede Regung einer demokratischen Politik zu unterdrücken versuchen wird.

Aber als nächste Folge des budgetären Mißerfolges kommen erhebliche Arbeiterentlassungen auf den Schiffswerften in Betracht, unter denen die Arbeiterklasse sehr zu leiden haben wird. All dies, vor allem auch der heftige Kampf zwischen den Vertretern der Armee und der Marine, wird die Unzufriedenheit im japanischen Volke fördern, die Demokratie wird letzten Endes dadurch doch gestärkt werden. Diese Stärkung der Demokratie muß schließlich auf den Weg zum Sozialismus führen.

### Kesseltreiben gegen das Reichstagswahlrecht.

Der letzte Sonntag hat gleich 2 Artikel aus der Scharfmacherpresse gegen das Reichstagswahlrecht gebracht. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ nimmt der Reichsverbändler und frühere Redakteur der nationalliberalen Partei-Korrespondenz Stephan-Neumann das Wort, um die Vernichtung des Reichstagswahlrechts mit allem Nachdruck zu empfehlen. Er behauptet, Patrioten — natürlich Patrioten von seinem Schlage — würden nicht müde, an eine Reform des Reichstagswahlrechts von Grund auf zu denken. Die Entartung des

Parlamentarismus habe Formen erreicht, die durch den folgenden Ausspruch des Philosophen E. v. Hartmann nicht zu stark gekennzeichnet würden:

„Die Mißwirtschaft, Willkür, Cliquenwirtschaft und Korruption des Parlaments kann nicht schlimmer sein, als die einer bürokratischen Verwaltung, und ist, einmal eingerissen, noch weit schwerer auszurotten.“

Die „Korruption und Cliquenwirtschaft“ sieht der zum Sittenrichter besonders qualifizierte Stephan-Neumann in der Ungültigkeitserklärung von Reichstagsmandaten und in den klerikalen Treibereien, z. B. in der Duala-Negeraffäre.

Die Gegner des Reichstagswahlrechts unterdrückten ihre Auffassung nur deshalb, weil sie es für aussichtslos hielten, den Stier bei den Hörnern zu fassen, solange in der Regierung der Mann mit den Nerven von Stahl fehle. Das hält Stephan-Neumann für verfehlt, weil „der Staatsmann mit den Riesenkräften, den wir von der Vorsehung erhoffen, den Boden auch nicht gänzlich unvorberichtet finden darf. Ein Akt von dem weltgeschichtlichen Gewicht, wie die Zurückführung der mißbrauchten, reichsdeutschen Konstitution auf dem Boden der Vernunft, will von langer Hand vorbereitet sein.“

Und deshalb könne nicht früh genug die Reichstagswahlreform planmäßig in den Vordergrund der politischen Erörterung gerückt werden. Zweckmäßig werde die allgemeine Aufmerksamkeit vorerst nicht auf die grundsätzlichen Mängel, sondern zunächst auf die unerträglichsten Auswüchse des Reichsparlamentarismus und auf solche Teilreformen zu lenken sein, deren Durchsetzung heute schon erreichbar scheinen. Und dann kommen die Forderungen des Reichsverbändlers: zweijähriger Reichssetat und Einführung der ständigen Wählerlisten. Mit der Einführung der zweijährigen Statsperiode soll erreicht werden, daß der Reichstag so selten als möglich versammelt wird, und mit den ständigen Wählerlisten gedenkt er die Wahlbewegung illusorisch zu machen, denn bei Neuwahlen und im Falle einer Auflösung könne unter Zugrundelegung der ständigen Wählerlisten in ein bis zwei Wochen das Wahlgeschäft erledigt und die „heillose vergiftende und verwüstende Agitation der demagogischen Parteien“ auf diese kurze Frist beschränkt werden. Im weiteren verteidigt Stephan-Neumann den von Baden kommenden Angriff auf die Reichstagsrechte; den Vorschlag des Oberamtmanns Heintze in Karlsruhe, 30 Reichstagsitze den Schutzgebieten einzuräumen, sei schon um deswillen beizupflichten, weil von den Kolonialvertretern „Verständnis für die imperialistische Notwendigkeit“ zu erwarten sei.

Mit der pöbelhaften Beschuldigung, daß die jetzige Reichstagsmehrheit bereit sei, für dauernde Freifahrtarten ein Stück des Reichstagswahlrechts zu verkaufen (Akzeptierung der ständigen Wählerlisten) schließt der Klopffechter der Scharfmachereien seinen Artikel.

In daselbe Horn bläst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Sie hat sich die Frage der Vertagung oder Schließung der Reichstagssession vorgenommen und sucht nun die Regierung aufzupeitschen gegen das angebliche Bestreben der Reichstagsabgeordneten, durch Vertagung der Session die Freifahrtarten über Sommer zu retten. Die ganze Notiz ist ein einziges giftgeschwollenes Getöse gegen die Mitglieder des Reichstags, denen vorgeworfen wird, daß sie um persönlicher Vorteile willen das Arbeitspensum des Reichstags nicht erledigen, daß sie um Freifahrt nach der Schweiz, Tirol oder den Rhein zu haben, absichtlich seit Jahren die Arbeiten des Reichstags verschleppt hätten. Der folgende Satz sei tiefer gehängt:

Das sich unter solchen Verhältnissen im Reichstage Wünsche und Forderungen nach Erhöhung der Tagegelder und Gültigkeit der Freifahrkarten für die ganze Dauer der Legislaturperiode geltend machen, sollte man kaum für glaublich erachten. Und doch sind es namentlich die roten Genossen, die fortgesetzt dafür plädieren, weil sie davon für ihre Agitation erhebliche Vorteile zu erwarten haben. Die verlangte Erhöhung der Tagegelder bedeutet für die sozialdemokratische Fraktion eine Mehreinnahme von etwa 33 000 Mark monatlich aus Reichsmitteln, gewiß eine recht annehmbare Liebesgabe! Und wenn die 11 roten Genossen im Deutschen Reich während der Dauer von 6 Monaten freie Fahrt genießen, und heute im Süden, morgen im Osten oder Westen ihre Hezarbeit verrichten können, so erparit die sozialdemokratische Parteikasse sehr beträchtliche Summen, die auf diese Art für andere nicht minder verwerfliche Zwecke frei werden. Also wäre schon im allgemeinen vaterländischen Interesse dringend zu wünschen, daß die Verbündeten der Regierung dem Reichstage gegen über keine schwächliche Nachgiebigkeit zeigen und fortgesetzt in eine Vertagung willigen. Mehr aber gebietet die Pflicht auf die Selbstbeschränkung, daß dem Reichstage gegen über ein Exempel statuiert wird.

Es ist natürlich erlogen, daß die Sozialdemokratie sich besonders für Erhöhung der Diäten oder Freifahrkarten ins Zeug legte. Bei der Schaffung des Diätengesetzes waren es gerade die Sozialdemokraten, die durch ihre verstorbenen Führer Singer und Bebel einer höheren Bemessung der Diäten, die damals zu haben gewesen wäre, entgegenwirkten.

Aber das ganze Gerede des rheinisch-westfälischen Scharfmacherorgans ist auch nichts als eitel Heuchelei. Ihm geht es darum, Arbeitervertretern den Zutritt zur Gesetzgebung zu verweigern und nur daraus schreibt sich ihre Feindschaft gegen die Reichstagsdiäten her. Wenn die „Rhein.-Westf. Ztg.“ so feinsüßlich hinsichtlich der Diäten ist, warum wendet sie sich dann nicht gegen die Ausschussdiäten, die Vermögen ausmachen gegenüber der Auswärtensentscheidung der Reichstagsabgeordneten? Warum wendet sie sich nicht gegen die hohen Diäten, die die Regierungsvertreter einstreichen? Warum hat das Blatt der rheinischen Großindustrie noch nie den Dreiklassenmännern die Diäten vorgeworfen? Aus dem einfachen Grunde, weil ihnen hier die blinde Mut gegen das aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Parlament, gegen die Volksvertreter, die die Ausbeutung der Arbeiter durch die Großindustrie brandmarken, die Feder führt. Es sind Zeichen der Zeit, daß sich die Feinde des Reichstagswahlrechts so offen an den Tag wagen, sie geben der Arbeiterklasse alle Veranlassung, auf dem Posten zu sein.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Impffrage vor dem Reichstag.

Auf der Tagesordnung des Reichstages standen am Dienstag Petitionen; doch kam nicht über die erste hinaus, ja nicht einmal diese wurde erledigt. Es handelte sich um die Petitionen der Impfgegner, die neben weitergehenden Forderungen vor allem auch eine ernsthafte objektive Prüfung der ganzen Impffrage durch eine in paritätischer Weise aus Gegnern und Freunden des Impfwanges zusammengesetzte wissenschaftliche Kommission fordern. Die Petitionskommission, die früher über detartige Petitionen stets zur Tagesordnung überzugehen empfohlen hatte, wünschte sie diesmal dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Genosse B o s e führte aus, daß die Anwendung eines körperlichen Zwanges zur Durchführung der Impfung bei Kindern im Gesetz nicht begründet sei, daß man bei Schaffung des Reichsimpfgesetzes lediglich eine Geldstrafe oder Steuer für diejenigen einführen wollte, die ihre Kinder nicht impfen lassen. Die Handhabung des Gesetzes speziell in Preußen sei daher eine willkürliche und dem Gesetz selbst nicht entsprechende. Dies müsse um so mehr erbittern, als nach der Impfung immer wieder Todesfälle vorkommen, wie sich sogar aus der amtlichen preussischen Statistik im Preussischen Statistischen Jahrbuch ergebe. Man behauptet zwar, daß gesunde Kinder die Impfung nichts schaden könne; aber leider seien die wenigsten Kinder gesund, nach den Angaben der Schularzte können 80 Proz. der Schulkinder zu den gesunden nicht gerechnet werden. Auch der Abg. Dr. Pfeiffer vom Zentrum betonte, daß trotz der Impfung immer wieder Todesfälle vorkommen. Man sagt zwar, bei einwärtiger Lymphe können Schädigungen durch die Impfung nicht eintreten. Aber die Lymphe sei sich niemals einwandfrei. Für die Einziehung einer außerparlamentarischen Kommission zur Prüfung der Frage erklärten sich auch die Konservativen, während sie weitergehende Wünsche der Regierung nur zur Erwägung überweisen wollten. Der freisinnige Abg. G i s s e l und der Nationalliberale G o e t t i n g wandten sich gegen jede Forderung unserer Impfgesetzgebung, die sich durchaus bewährt habe. Geheimrat Dr. K i r t h n e r wandte sich mit einem bei diesem ruhigen, ja fast phlegmatischen Redner ganz ungewöhnlichen Temperament gegen die Angriffe, die er seitens der Impfgegner erfahren, gegen die er Worte wie jähmendes Treiben und agitatorische Hege gebrauchte. Im übrigen wollte er seine mehrstündige, vor 3 Jahren gehaltene jährliche Rede über die gegenwärtigen Folgen des Impfwanges im Auszug wiederholen, wobei er aber so leise sprach, daß selbst die amtlichen Stenographen ihn nicht verstehen konnten. Nachdem noch der Weise v. S e h e l e sich für die Einziehung einer außerparlamentarischen paritätischen Kommission ausgesprochen hatte, vertagte das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch.

#### Der Kaiserbrief vor dem Preussischen Landtag.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Dienstag die Generaldebatte zum Kultusetat. In dem ersten Teil der Sitzung spielte der bekannte Kaiserbrief an die Landesgräfin von Hessen die Hauptrolle. Der Abg. Dr. F o r s c h (Z) bemühte sich, nachzuweisen, daß das Zentrum an der Veröffentlichung des Briefes absolut

unschuldig sei. Er stellte weiter die Behauptung auf, daß ein Ausdruck über den katholischen Glauben oder über die Stellung des Kaisers zur katholischen Kirche sich in dem Briefe überhaupt nicht befinde. Ob diese Behauptung richtig ist, wagen wir nicht zu beurteilen, hatte doch Abg. F o r s c h wenige Minuten vorher erklärt, daß Kardinal R o p p den Brief niemandem gezeigt habe. Mit dieser Behauptung steht allerdings nicht im Einklang, was der Kultusminister erwiderte. Herr v. T r o t t zu Solz erklärte nämlich, daß er den Brief selbst gelesen habe, und daß derselbe keine beleidigenden Ausführungen gegen die katholische Kirche oder das Verhältnis des Kaisers zu den Katholiken enthalte. Daß die Sache durch diese Aussprache geklärt ist, wird man schwerlich sagen können. Auch die weiteren Ausführungen des nationalliberalen Abg. Dr. L o h m a n n, der dem Zentrum die Schuld an der Veröffentlichung des Briefes beimaß, waren nicht imstande, Klarheit in die dunkle Affäre zu bringen. Eine bemerkenswerte Rede hielt der neugewählte fortschrittliche Abg. F a r r e r T r a u b aus Dortmund. Er schilderte die bedauerlichen Folgen der Abhängigkeit der Kirche vom Staat, der sie finanziell unterstütze und juchte die Kirchenflucht, die er an sich als Geistlicher bedauerte, zu erklären aus dem Religions- und Kirchengewange. Seine Rede bietet zahlreiche Belege für die in Preußen herrschende Unduldsamkeit. Schließlich griff noch, abgesehen von dem dänischen und polnischen Redner, der konservative F a r r e r H e d e r o t h in die Debatte ein, um aufs heftigste gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren, wobei er nicht davor zurückschreckte, Behauptungen für wahr hinzustellen, die vor Gericht längst als un wahr erwiesen sind. Der konservative Redner konnte sich diesen Luxus gönnen, denn er wußte genau, daß nach ihm die Debatte geschlossen und den Sozialdemokraten das Wort abgeschnitten werden sollte. So geschah es denn auch. Gen. L o s j m a n n mußte sich auf kurze persönliche Bemerkungen beschränken, in denen er das Verhalten der Mehrheit festnagelte.

Von den mit zur Debatte stehenden Anträgen wurde der Zentrumsantrag betr. Beschränkungen an der Ausübung der Krankenpflege durch Mitglieder katholischer Orden angenommen. Ein anderer Zentrumsantrag, der sich auf die Rechtsfähigkeit der Ordensniederlassungen bezog, wurde der Unterrichtskommission überwiesen.

#### Post-Kreditbriefe.

Der „Reichsanzeiger“ vom 27. ds. Mts. veröffentlicht die Änderung der Postordnung, auf Grund deren Post-Kreditbriefe, die von den Postcheckämtern ausgestellt werden — Bestellungen darauf nimmt jede Postanstalt entgegen — auf alle durch 50 teilbare Summen bis 3000 Mk. ausgestellt werden. Der Inhaber kann gegen Vorlegung des Post-Kreditbriefes und Nachweis seiner Empfangsberechtigung bei jeder Postanstalt während der Schalterdienststunden Beträge seines Guthabens abheben. Mehr als 1000 Mk. dürfen an einem Tage nicht abgehoben werden. Stehen der Auszahlungs-Postanstalt die erforderlichen Geldmittel augenblicklich nicht zur Verfügung, so kann die Auszahlung erst verlangt werden, nachdem die Mittel beschafft sind. Die Gebühren betragen für die mit Zahllkarte zu leistende Bareinzahlung oder für die Überweisung von einem Postscheckkonto den tarifmäßigen Satz nach § 9 der Postscheckordnung, für die Ausfertigung des Post-Kreditbriefes 50 Pfg., für jede Rückzahlung eine feste Gebühr von 5 Pfg. und eine Steigerungsgebühr von 5 Pfg. für je 100 Mk. oder Teile davon. Die Einrichtung der Post-Kreditbriefe tritt am 1. Mai ds. Js. in Kraft.

#### Denkschrift über den Geburtenrückgang.

Im Reichsamt des Innern ist eine umfangreiche Denkschrift über die Ursachen des Geburtenrückganges ausgearbeitet worden, die dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen wird. Die Denkschrift stellt offenbar die Begründung zu dem bekannten Initiativantrag der bürgerlichen Parteien dar, gegen den von Männern der Wissenschaft schärfster Protest erhoben wurde.

#### Einladung der Hamburg-Amerika-Linie an den Reichstag.

Der Seniorenkongress des Reichstages wurde am Dienstag zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Es wurde ein Einladungsschreiben der Hamburg-Amerika-Linie vorgelegt, die eine Beschäftigung des neu erbauten Schiffes „Vaterland“ den Abgeordneten empfiehlt. Von sozialdemokratischer und konservativer Seite wurden grundsätzliche Bedenken geltend gemacht, dieser Einladung Folge zu leisten. Nach einer längeren Aussprache nahm der Präsident Gelegenheit zu erklären, er werde für die Einladung den Dank des Reichstages aussprechen und an die Mitglieder des Hauses die Einladung ergehen lassen. Den Mitgliedern des Hauses wird freigestellt, dieser Einladung zu folgen.

#### Abermals Wahlprotest in Schwab.

Das polnische Wahlkomitee in Schwab hat beschlossen, gegen die Wahl des reichsparteilichen Abgeordneten v. H a l e m abermals Protest einzulegen. Das Beweismaterial soll sehr groß sein.

#### Zur Wehrsteuer.

In B a d e n sind die Steuerkommissare mit der Veranlagungsarbeit seit Wochen fertig; sie haben die geschriebenen Steuerbotschaften an die glücklichen Besitzenden zur Zustellung bereit gelegt. Es wird jedoch auf Anordnung der Regierung eine Galgenfrist in der Urteilsverkündung gewahrt und zwar solange die übrigen Bundesstaaten noch mit der Feststellung und Vollzugsbereitschaft im Rückstände sind; am weitesten zurück ist Elßaß-Lothringen.

#### Zentrum und Wahlrechtsreform.

Die „Köln. Volkszeitung“ äußert sich in ihrer Nummer 320 ausführlich zu der Wahlrechtskommission des Herrn v. L o e b e l, wobei sie die alte Zentrumsforderung auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen vollständig preisgibt.

Der Hinweis auf die Wahlrechtsreform kann uns nicht irreführen. Man hat im Zentrum ja bis die Notwendigkeit dieser Reform betont und auch stets die Ansicht

vertreten, daß eine gedeihliche Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien Konservative, Freikonervative, Zentrum und die Nationalliberalen sich in dieser Frage auf einen billigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt den Hauptnachdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter den Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung gar nicht allzusehr entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichskanzlers in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Z e d l i k ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch gar nicht akut ist.

Das ist der Gipfelpunkt des klerikalen Wahlrechtsverrats. Das Zentrum ist bereit, eine volksfeindliche Wahlrechtsreform nach den Wünschen der Junker und des Herrn v. Bethmann zu machen. Dabei sollen die Wünsche des rückständigen Mittelstandes noch besonders berücksichtigt werden. Von den Interessen der Arbeiter ist mit keinem Worte die Rede, man glaubt, den klerikalen Arbeitermassen alles bieten zu können.

#### Erhebungen über städtischen Immobilienkredit.

Zur Untersuchung der Zustände auf dem Gebiete des Immobilienkredits in Städten und sonstigen Industriezentren sowie deren Umgebung und zur Gewinnung von Vorschlägen für die Abstellung hervorgetretener Mischstände hat der Reichskanzler in Verfolg einer Resolution des Reichstags eine Sachverständigenkommission eingesetzt. Vorsitzender dieser Kommission ist der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. D e l b r ü c k. Dieser Kommission, in der auch die einzelnen Bundesstaaten vertreten sind, gehören ferner acht Reichstagsabgeordnete an, darunter die Genossen Dr. C o h n und G ö h r e. Unter den Vertretern der Wissenschaft und der Praxis befindet sich Genosse Dr. Lindemann-Stuttgart. — Vor dieser Kommission sollen Sachverständige in kontradiktorischen Verfahren vernommen werden. Wie in der Kommission, sollen auch unter den zu vernehmenden Sachverständigen die verschiedensten Richtungen der Wissenschaft und der Praxis vertreten sein. Den Verhandlungen wird ein umfangreicher Fragebogen zugrunde gelegt. Am 28. April wird die Kommission zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Alsdann soll sobald als nach den Verhältnissen möglich, mit der Vernommen der Sachverständigen begonnen werden.

#### Junkerliches Agitationsgpek.

Die 500 000 Mk., die Schlesiens Junker für die Sicherung ihrer arg bedrohten ostelbischen Feste nach dem Reinfall von 1912 aufgebracht haben, scheinen sich nicht rentieren zu wollen. Am 1. April sind allein fünf von den angestellten Agitatoren entlassen worden, die man zur Bekämpfung der Sozialdemokraten angestellt hatte und zwar die Parteisekretäre Dr. Hoffmann-Ruttsche und Stark und die Redakteure des Junkerblättchens Kube, Krause und Kiehr. Tags zuvor tummelten sie noch ihre Streitkriege gegen den roten Drachen und einen Tag später lagen sie auf der Strecke. Vielleicht schreiben sie jetzt Artikel für die Arbeitslosenversicherung, wie sie früher dagegen geschrieben haben.

#### Frankreich.

Die neugewählten sozialistischen Abgeordneten. Die französische Sozialdemokratie hat bekanntlich bei den Kammerwahlen schon im ersten Wahlgang sehr gut abgeschnitten. Bisher sind gewählt: Lauche, Sembat, Rozier, Dejeante, Baillart, Beber, Walter, Voilin, Soures, Guesde, Doisy, Poullain, Ringier, Goube, Koblin, Brizon, Thivrier, Rognon, Fourment, Vigne, Comperre-Morel, Barthe, Alby, Cabrol, Camille, De la Porte, Detoulle, Manger, Dumas, Clauflot, Brunet, Pressemanne, Constans, Durre. Verloren gegangen ist ein Mandat und zwar das von Boulogne. Hier aber liegt die Schuld nicht an der Partei, sondern an dem Kandidaten Myrens, der im letzten Augenblick von der Liste der Partei gestrichen werden mußte und dann zu den Briandisten überließ.

#### England.

Die Ulsterangelegenheit im Unterhaus. Vor vollbesetztem Hause brachte gestern A u s t i n C h a m b e r l a i n im Unterhause namens der Opposition eine Resolution ein, dahingehend, daß mit Rücksicht 1. auf die ernste Natur der Flotten- und Heeresbewegungen, die kürzlich von der Regierung gegen Ulster ins Auge gefaßt worden seien, 2. mit Rücksicht auf die Unvollständigkeit und Ungenauigkeit in wesentlichen Punkten der Ministereklärungen; 3. mit Rücksicht darauf, daß es die Regierung beständig habe daran fehlen lassen, der Lage aufrichtig gegenüber zu treten, das Haus der Meinung sei, daß eine v o l l k o m m e n u p a r t e i i c h e U n t e r s u c h u n g über alle Umstände stattfinden solle. Chamberlain bezeichnete die Erklärungen der Regierung als unglaubwürdig. Marineminister C h u r c h i l l wandte sich scharf gegen die Resolution und bezeichnete sie als ein Tadelsvotum allererstes Art. Zur Abstimmung kam es gestern noch nicht.

## Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

Der spanische Botschafter R i a n o teilte Staatssekretär B r y a n mit, daß H u e r t a im Prinzip die Vermittlung bedingungslos angenommen habe. Nach Meldungen aus der Stadt Mexiko hat sich dort seit zwei Tagen eine freundlichere Haltung gegen über den U s l ä n d e r n bemerkbar gemacht. Dies wird zum Teil darauf zurückgeführt, daß die Anhänger der Insurgenten bemüht sind, in der Stimmung des Publikums einen Wechsel herbeizuführen. Es wurden Flugblätter in Umlauf gesetzt, in welchen das Volk ermahnt wurde, die Amerikaner zu schätzen, Huerta gebrandmarkt wurde, weil er die Landung der Amerikaner in Veracruz verursacht habe, und das Volk aufgefordert wurde, sich an einem Umzuge zum Zeichen der Mißbilligung für Huerta zu beteiligen. Der Umzug fand am Sonnabend statt. Huerta hatte die Erlaubnis dazu gegeben. Hieraus wird geschlossen, daß Huertas

Wacht sinkt. Flüchtlinge teilen mit, daß Huerta nach der Kundgebung sich in einer fremden Gegend versteckt habe, da er fürchtete, ermordet zu werden.

Bei der Einnahme der Stadt Monterrey durch die Insurgenten hatten die mexikanischen Insurgenten 100 Tote und 200 Verwundete. Die Regierungstruppen verloren 300 Mann.

Zu der Nähe der Stadt Mexiko ist ein Kampf zwischen Insurgenten und Regierungstruppen im Gange. Der Ausgang des Kampfes ist noch nicht bekannt. Der Regierungsgeneral Velasco, der in dem Kampf zweimal verwundet wurde, ist mit 400 verwundeten Bundesjägern in der Stadt Mexiko eingetroffen. General Pani ist in der Schlacht gefallen.

Aus Washington wird gemeldet: Die südamerikanischen Republiken teilen dem spanischen Botschafter mit, daß Huerta das Vermittlungsangebot bedingungslos angenommen hat.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 29. April.

Arbeitsruhe am 1. Mai. Die im Heizungsjahr beschäftigten Monteure und Helfer beschließen in ihrer Versammlung, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Eine zweite Durchfahrt durch die Arkaden des Rathauses vom Markt nach der Breiten Straße soll nach einem Antrage des Senates geschassen werden, dem der Bürgerausschuß in seiner heutigen Sitzung zustimmte. Hierfür liegt zweifellos ein dringendes Bedürfnis vor. Zugleich soll die schmale Verbindung des Marktes mit dem Kohlmarkt bei dem Grubischen Eisenwarengeschäft nur für den Fußgängerverkehr benutzt werden.

Den Verkauf alkoholischer Getränke und den Besuch von Wirtschaften, öffentlichen Tanzlustbarkeiten und theatralischen Vorstellungen durch jugendliche Personen regelt neu folgende vom Polizeiamt unterm 29. April 1914 veröffentlichte Verordnung:

§ 1. Gast- und Schankwirte, Kleinhändler mit alkoholischen Getränken sowie ihre Stellvertreter, Beauftragten und Gehilfen dürfen Branntwein oder ähnliche scharfe alkoholische Getränke an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, weder zum Genuß aus der Stelle noch zum Mitnehmen verabreichen. Ihnen ist ferner untersagt, andere alkoholische Getränke zum eigenen Genuß an schulpflichtige oder noch nicht schulpflichtige Kinder abzugeben, wenn die Kinder sich nicht in Begleitung volljähriger Aufsichtspersonen befinden.

§ 2. An Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, darf alkoholisches Konfekt (Litscherbonbons, Kognakbohnens und dergl.) im Handel nicht abgegeben werden. Auch ist der Verkauf solchen Konfekts durch Automaten untersagt.

§ 3. Der Besuch von Wirtschaften aller Art, in denen alkoholische Getränke geschenkt werden, ist Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nach 9 Uhr abends verboten. Nicht unter dieses Verbot fällt der Besuch in Begleitung volljähriger Aufsichtspersonen.

§ 4. Der Zutritt zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten ist Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, untersagt. Das Polizeiamt behält sich vor, Ausnahmen hiervon zuzulassen, auch das Verbot auf sonstige Tanzlustbarkeiten auszudehnen, soweit sie in öffentlichen Lokalen stattfinden. Das Verbot erstreckt sich auf die zum Aufenthalt für die Teilnehmer bestimmten Räume einschließlich des Gartens sowie auf die Zuschauer Räume. Die Inhaber der Tanzlokale sind verpflichtet, einen Abdruck dieses Verbots in deutlicher Schrift am Eingang des Lokales und in den bezeichneten Räumen an augenfälliger Stelle auszuhängen.

§ 5. Gewerbemäßige Veranstaltungen von Singpielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen von Personen oder theatralischen Vorstellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, dürfen von Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann besucht werden, wenn die einzelnen Darbietungen vom Polizeiamt als dafür geeignet erklärt worden sind (Jugendvorstellung). Auch wenn ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft bei den Darbietungen obwaltet, kann das Polizeiamt den Besuch für Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verbieten. Der Unternehmer ist verpflichtet, Personen, denen hiernach der Besuch verboten ist, von den Vorführungen zurückzuweisen, auch den überwachenden Beamten und sonstigen Beauftragten des Polizeiamts jederzeit den unentgeltlichen Zutritt zu den Vorführungsräumen ohne Anmeldung zu gestatten. Die Vorschriften der Polizeiverordnung über Bau, Einrichtung und Betrieb von Kinetographen-Theatern vom 4. Dezember 1911 bleiben unberührt.

§ 6. Der Unternehmer der im § 5 Satz 1 bezeichneten Veranstaltungen ist verpflichtet, ein Verzeichnis der von ihm für die Jugendvorstellung verwendeten Darbietungen (Spielplan) am Eingang der Vorführungsräume auszustellen. Dabei ist anzugeben, zu welchen Zeiten Jugendvorstellungen stattfinden. Die Bezeichnung „Jugendvorstellung“ nebst Zeitangabe ist über dem Spielplan in deutlich lesbaren Schrift, deren Buchstaben mindestens 4 cm hoch sein müssen, anzubringen. Die Darbietungen müssen im Spielplan die oben Bezeichnungen haben, wie bei der Vorführung dem Polizeiamt gegenüber. Jugendvorstellungen dürfen nur bis 9 Uhr abends ausgedehnt werden. Zwischen Jugendvorstellungen und anderen Aufführungen ist eine Pause von mindestens 30 Minuten, während der die Vorführungsräume geräumt sein müssen, einzuhalten.

§ 7. Für die Befolgung der vorstehenden Verbote sind neben den Wirten, Händlern, Verkaufsstellen und ihren Stellvertretern, Beauftragten und Gehilfen auch die jugendlichen Personen selbst, sowie diejenigen verantwortlich, die zu ihrer Beaufsichtigung verpflichtet sind. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Das sind Bestimmungen von recht erheblicher Bedeutung, und man kann ihnen nur zustimmen, soweit sie dazu dienen sollen, Jugendlichen vor dem Genuß von alkoholischen Getränken und vor literarischem oder sonstigem Schund zu bewahren. Er wartet muß natürlich werden, daß dies der ausschließliche Zweck der Verordnung ist. Der Senat hat zugleich die Verordnung vom 22. Juli 1885 aufgehoben, nach welcher Kinder im schulpflichtigen Alter der Besuch öffentlicher Tanzlustbarkeiten verboten war.

Die städtischen Freibadanstätten werden, wie wir von zuständiger Seite erfahren, von Freitag den 1. Mai ab geöffnet sein.

Die Bildungsbestrebungen in Lübeck haben auch im verfloffenen, am 31. März beendeten Geschäftsjahr eine reiche Förderung durch die zuständigen Korporationen der organisierten Arbeiterschaft erfahren. Der Bezirksbildungsausschuß arrangierte im Herbst einen interessanten mit Lichtbildern ausgestatteten Kursus des Genossen Graf Berlin über die Geschichte des Entwicklungsgedankens der Naturwissenschaften. Derselbe erstreckte sich auf 4 Abende und hatte 817 Besucher aufzuweisen. Der Arbeiter-Bildungsverein, dem die lokale Bildungsarbeit obliegt, hat neben je einem Kursus in Rechnen und Deutscher Sprache einen Vortragskursus über das Erfurter Programm abgehalten. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl an denselben schwankt zwischen 22 und 20 pro Abend. Alle Teilnehmer waren von dem Verlauf der Kurse voll auf befriedigt. An künstlerischen Veranstaltungen wurden geboten: 1 volkstümliches Konzert, 1 Pantomime, 1 Puppentheater, 1 Lieber-Abend und ein Lichtbilderveranstaltung für Kinder. Insgesamt wurden diese Veranstaltungen von 2268 Personen besucht. Theaterveranstaltungen fanden zusammen 14, davon 11 im Stadttheater, statt. Hierunter befand sich eine Märchenvorstellung für Kinder. Aufgeführt wurden erstklassige Stücke. Die Gesamtbesucherzahl an den Theaterveranstaltungen bezifferte sich auf 12159. Beschäftigt wurde das Rathaus in Lübeck und die Rathhöfe in Eschberg. An den Volksbildungskursen beteiligten sich die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins in hervorragender Weise. Für Bildungszwecke wurden im Berichtsjahr insgesamt 8948,18 Mk. verausgabt. Bis auf 756,03 Mk. wurden die Ausgaben durch Einnahmen bei den Veranstaltungen gedeckt. Leider waren nicht alle Veranstaltungen wünschgemäß besucht. Hoffentlich erkennt die Lübecker Arbeiterschaft die Tätigkeit der Bildungs-Korporationen dadurch an, daß sie in der Folgezeit diesen Veranstaltungen mehr Interesse als bisher entgegenbringt.

h. Schöffengericht am 28. April. Einen Käsehandeln, bei dem ihm das Kleingeld ausgegangen war, betrieb der Privatmann B. Er pumpte einen, ihm in die Quere laufenden Pferdehändler um 50 Mark an, um das Lager aufzuräumen. Als Garantie sollte der Geldgeber Käse erhalten. Das Geschäft auch später, doch sollen die beiden Stücker nicht besonders für Feinschmecker präpariert gewesen sein. Mit der Zurückzahlung der verbleibenden Summe machte B. keine Anstalt, so daß der Gläubiger Anzeige wegen Betrugs erstattete. Er hatte heute die Genugtuung, B. zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt zu sehen. — Beim Verkauf eines gestohlenen Fahrrades soll der Klempner A. behilflich gewesen sein. Ein Fremder kam in die Herberge in die Lederstraße und erzählte, er habe das Rad in Eutin für 45 Mk. gekauft und wolle es wieder verkopen, da ihm das Geld ausgegangen sei. A. führte ihn zu einem Händler, der 12 Mark bot, wovon 2 Mk. Vermittlungsgebühr bezahlt wurden. Das Rad war kurz vorher von der Straße weg einem Laufburschen gestohlen worden, der es für 100 Mk. Jahresmiete in Gebrauch hatte. Dem Angeklagten konnte nicht nachgewiesen werden, daß er von dem Diebstahl wußte. Er wurde freigesprochen. — Von der Polizeistunde. Der Restaurateur S. hatte bis 2 Uhr nachts freigestand und sollte eine kleine Polizeistrafe bezahlen, weil der postensiehende Schutzmann gegen 3 Uhr nachts aus dem Lokal herauskommen sah. S. behauptet, daß nach einem Ball nicht in wenigen Minuten alle Teilnehmer herauskommen könnten, sondern daß dies geraumer Zeit bedürfe. Der Ball sei Punkt 2 Uhr beendet gewesen. Für ihn handle es sich um eine prinzipielle Frage, weshalb er Einspruch erhebe. Es sollen in dieser Angelegenheit noch weitere Zeugen resp. das Polizeiamt gehört werden.

Ein kleines Schiffsfeuer kam gestern nachmittag im Gebäude der Hauptpost zum Ausbruch. Der schnell herbeigeeilten Feuerwehr gelang es bald, jede Gefahr zu beseitigen.

Ein schwedischer Flieger in Lübeck. Der schwedische Flieger Dr. Thulin ist am Dienstag mittag mit einem Landeanno als Begleiter auf dem Luftwege in Lübeck eingetroffen. Dr. Thulin ist Meteorologe, er beschäftigt sich vorwiegend mit dem Problem der Flugbartheit des Flugzeuges für die Zwecke der Wissenschaft. Dr. Thulin hatte am Sonntag früh von Paris aus, wo er sich einen Eindecker neu erworben, den Heimflug nach Schweden angetreten. Er übernachtete zuerst in Cleve. Von dort flog er weiter nach Bremen, wo er seine Betriebsmittel ergänzen wollte. Gestern morgen erfolgte die Weiterfahrt von Bremen aus. Zu Lübeck sollte wieder Benzin eingenommen und dann die Weiterfahrt angetreten werden. Beim Landen auf dem hiesigen Flugplatz wurden die Streben des Schwanzflügels eingeknickt, ein Schaden, der im Laufe des gestrigen Nachmittags repariert werden konnte. Es war beabsichtigt, heute über den Fehmarnsund und die dänischen Inseln den Flug nach der schwedischen Heimat fortzusetzen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm): „Imperator“ ab Hamburg 2. Mai, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 5. Mai, „Amerita“ ab Hamburg 9. Mai, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremen 13. Mai, „Baterland“ ab Hamburg 14. Mai, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 16. Mai, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 19. Mai, „Kaiserin Auguste Victoria“ ab Hamburg 21. Mai, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 26. Mai, „Imperator“ ab Hamburg 27. Mai, „George Washington“ ab Bremen 30. Mai, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 2. Juni. Postfach nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnell-Dampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leichtermerke wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Das Hanjatheater teilt uns mit: Die beiden Abschiedsvorstellungen der Wintersaison im Hanjatheater am Mittwoch und Donnerstag finden zu halben Preisen auf allen Plätzen als volkstümliche Vorstellungen statt und zwar wird das gesamte Variete-Spezialitätenprogramm und das Hartenstein-Gastspiel mit dem urkomischen Schwank „Gottlieb geht zum Mehl“ gegeben werden. Die seltene Gelegenheit, ein so ausgezeichnetes Programm zu volkstümlichen Preisen zu sehen, wird sich wohl niemand entgehen lassen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Das freundliche Wiedererweckung von den „Fünf Frankfurter“ wird der Rahmen sein, in welchem sich unsere Frau Laudien am Sonntag von den zahlreichen Anhängern ihres künstlerischen Wirkens verabschieden wird. Mit demselben Stück eröffnete 1912 unser Theater seine Spielzeit und von den verschiedenen guten Darbietungen darin fiel ganz besonders die unserer sich nun verabschiedenden Künstlerin auf, die in der Rolle der abgeklärten Greisin „Gudula“ ein schönes Bild mütterlicher Liebe gab. Der sympathischen Darstellerin ist zu diesem Ehrenabend ein volles Haus von Herzen zu wünschen — Der heutige Abend bringt die letzte Aufführung des urkomischen Lustspiels „Die spanische Fliege“ und zwar, um noch einmal weitesten Kreisen den Besuch leicht zu machen, zu einem Einheitspreis von 75 Pf. pro Platz.

Stodtelsdorf. Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die hiesigen Zimmerer.

w. Mann. In der gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien wurde der vor kurzer Zeit gewählte Rechnungsrat Wolf eingeführt. Der Bürgermeister bemerkte in der Einführungsrede bezüglich des hinausgewählten Stadtrats Osterwold, daß wir, soll wohl heißen der Magistrat, Osterwold ungern scheiden sehen; er wäre in den 7 Jahren seiner Tätigkeit uneigennützig für unser liebes Mölln tätig gewesen und vom Rechnungsrat Wolf wird erwartet, daß er ebenfalls nach seinen Kräften für unser schönes Mölln tätig sein möge. Wolf wurde vereidigt. Die Bremer Brunnenbau-Gesellschaft hatte für ihre Arbeiten für den Brunnen schon einmal eine Nachforderung zum Teil bewilligt erhalten und hatte jetzt wieder den Antrag gestellt, für durch notwendige Reparaturen entstandene Arbeiten 432,60 Mk. zu bewilligen; die Kollegien bewilligten die Hälfte der geforderten Summe. In dem Ortsstatut für die Benutzung der städtischen Entwässerungsanlage sollen im § 4 Absatz 2 die Worte „Reinigungsgebühren bezw.“ gestrichen werden. Für die Reinigung der Spülräume erhält die Frau Schmidt bis jetzt bisher 303 Mk. jährlich 400 Mk. bewilligt. Der Hauptverein für Blindenfürsorge in Kiel erhält 50 Mk. Dieselbe Summe erhält der Ortsverein Mölln der freien Spielvereinigung der Lehrer aus dem Herzogt. Lauenburg zur Anschaffung von Spielgeräten bewilligt. Die Waldhalle wünscht an das elektrische Ortsnetz angeschlossen zu werden; es soll jedoch erst Ingenieur Schaper gehört werden, wie groß bei solcher Leitung der Stromverlust sei. Zum Schluß machte der Bürgermeister die Mitteilung, daß er sich im Interesse der Stadt mit einem Quadratmeter Raum an der Leipziger Buchdruck-Ausstellung betätigt und recht schöne Postkarten sowie Ansichten von Mölln eingekauft hätte. Jetzt sei ihm die Mitteilung geworden, daß die Karten und Bilder sehr hübsch seien und das Ausstellungs-Komitee würde für deren Verteilung sorgen. Der Bürgermeister empfiehlt nun, das im Rathausaal befindliche Gemälde „Anicht vom Mölln, zur Ausstellung zu senden; ein Beschluß wird jedoch nicht gefaßt.

## Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Traumulus“, tragische Komödie in 5 Akten von Holz und Zerfäse. Die Weltfremdheit des Professors Dr. Niemeyer, des warmherzigen Pädagogen, dem seine Ideale den Sinn für das Nächstliegende geraubt haben, dessen gütige Natur nicht erkennt, daß vieles um ihn herum und jauchend ist, hat sicherlich etwas Tragisches auch dann, wenn die Komödie ohne den Selbstmord-Katastrophen des Gymnasialisten Zedlich enden würde. Man spürt den Hauch der Wirklichkeit, der von diesem unswillkürlichen Optimumen ausgeht, um so stärker, als gerade sein Wiberpart, der aus dem Leben geschnittene preussische Landrat, mit seinem brutalem Draufgängerum der eigentliche Urheber des betrübenden Ausgangs der ganzen Angelegenheit ist. In die Handlung, die einige Streiflichter auf preussische Zustände wirft, ist auch mit vielem Glück die Stammtischpolitik mit ihren Intrigen eingeschlossen, die viel mehr als gemeinhin öffentlich erkennbar die Verwaltung und was dazu gehört beeinflusst. So darf man wohl anerkennen, daß „Traumulus“ ein geschickt geformtes, wirkungsvolles Theaterstück ist, das mehr bedeutet als einige Stunden Unterhaltung. Für Lübeck ist die Komödie nicht neu. Sie wurde hier vor Jahren wiederholt aufgeführt, sogar mit Schilbkauf in der Titelrolle. Gestern Abend gab Herr Bassermann vom Deutschen Theater in Berlin den Professor Niemeyer. Bassermann ist ein Menckendarsteller, der seine Rollen nicht spielt, sondern erlebt. Sein „Traumulus“ war eine echte Oberlehrergestalt mit edigen Bewegungen und schlechtigender Kleidung, aber goldenem Herzen. Jede Bewegung, jeder Ton, jeder Ausdruck seines Gesichts war von bezwingender, unmittelbarer Natürlichkeit. Ein jeunüngiertes Charakterbild, wie es nur ein großer Künstler schaffen kann, ersand vor den bewundernden Blicken des Publikums. Unerkennbar erfindlich war aber auch das, was unsere heimischen Schauspieler gaben, auf die das große Vorbild sichtbar anfeuernd gewirkt hatte. Herr Brunow schuf als Landrat v. Rannewurf eine robuste Junkergestalt von vornehmerm Aussehen und rüchichtslosen Manieren; ausgestattet mit gutgelesenen markanten Einzelzügen. Ein prächtiges Pendant zu Bassermanns Niemeyer. Mit Weichheit und Zurückhaltung spielte Herr Lerch den Zedlich. Ganz famos war Herr Rowalewski als burlesker, verbummelter Sprößling des guten Jugendbildners. Auch die kollekte liebespendende Schauspielerin Lydia Lind hatte in Fr. Sindlinger eine tüchtige Vertreterin. Etwas referiert verhielt sich Fr. Pfiegl als puschliche Gattin Niemeyers. Die Regie, welche von Herrn Bruh geführt wurde, hatte nicht nur angemessene Bühnenbilder besorgt, sondern auch vor allem die Zusammenkunft der „Anti-Tyrannica“ mit der rechten lärmenden Lebendigkeit erfüllt, die hier notwendig ist. Aus alledem ist ersichtlich, daß die gestrige Vorstellung eine hochbefriedigende war, die unserer Bühne zur Ehre gereicht. Am Schluß wurde Bassermann außerordentlich gefeiert.

## Literarisches.

Die Welt in Waffen. Kriege und Kriegsgefahrten von Hugo Schulz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. 60 Hefte à 20 Pf. Das Werk ist durch alle Buchhandlungen, Speditoren und Kolportage zu beziehen. Probehefte auf Verlangen vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68 kostenfrei.

Die Aufgaben des proletarischen Jugendausschusses. Winke und Rathschläge von Richard Tronide. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. In der Broschüre sind die in mehrjähriger praktischer Arbeit gesammelten Erfahrungen eines proletarischen Jugendleiters niedergelegt, die für proletarische Jugendfunktionäre, besonders die kleinerer Orte, mannigfache brauchbare Anregungen bringen. Der Preis der Schrift beträgt im Buchhandel 20 Pf., Jugendausschüsse erhalten die Broschüre zum Selbstkostenpreis.

## Quittung.

Für die Arbeiterjugend Stodtelsdorf gingen ein: Vom Fabrikarbeiter-Verband, Distrikt Stodtelsdorf 75 Mk. Der Jugendausschuß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schmarck Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Damenhüte, Kinderhüte

garniert und ungaryert  
in vorzüglichster Ausführung kaufen Sie am vorteilhaftesten im  
Spezial-Haus für Damen- und Kinderputz

# D. Wagner

Holstenstraße 8.

3498

Holstenstraße 8.

### Konsumverein

für Lübeck und Umgegend  
e. G. m. b. H.

Auf Wunsch unserer Angestellten sind unsere Warenabgabestellen am Freitag, dem 1. Mai geschlossen;

ebensofalls das Kontor. Wir bitten unsere Mitglieder sich mit ihren Einkäufen hiernach richten zu wollen.  
Der Vorstand.

Hindrichs & Co., Johannisstr. 1  
Spez.-Abteil. Trauerkleidung 3491

### Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
40) Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
; Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

### Achtung!

Hausstandslumpen, per Kilo 6 Pfg., Neutuch per Kilo 40 Pfg. Eisen, Metall, Ton, Zeitung, Hasen- und Kaninchenfelle zu hiesigen Tagespreisen. Postkarte genügt!  
**K. Kleinfeld**  
Baisenhoffstraße 25, Tel. 2490.  
Rensefeld, Barmer Straße 17, 145) Telefon 1503.

Öffentliche politische Versammlungen.

## Zur Jubiläums-Maifeier

finden folgende

# Volks-Versammlungen

statt:

Lübeck, Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

vormittags 9 Uhr.

Referent: Reichstagsabgeordneter H. Pëus-Dessau.

Travemünde, Gasthaus zur Sonne, Vorderreihe

abends 8 Uhr.

Referent: Redakteur Paul Löwig-Lübeck.

Schlutup im Saale des Gasthauses zur Post

abends 9 Uhr.

Referentin: Frau E. Schlomer-Lübeck.

Lübeck, Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

abends 9 Uhr.

Referent: Reichstagsabgeordneter H. Pëus-Dessau.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wirkt in den Fabriken, Werkstellen, Bureaus und auf den Bauten für einen Massenbesuch dieser Versammlungen. Es gilt, Protest zu erheben: Gegen die Militärwillkür! Gegen das Wettrüsten zu Wasser und Land! Gegen die Kriegshetzer! Gegen die Koalitionsrechtsfeinde! Gegen den Lebensmittelwucher! Jeder trete durch den Besuch dieser Versammlungen ein: Für den Achtstundentag! Für Arbeiterschutz und ein freies Koalitionsrecht! Für billige Lebensmittel und eine vernünftige Wirtschaftspolitik! Für die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger! Für den Völkerfrieden!

Das Komitee.

I. A.: W. Bromme, Lübeck, Johannisstr. 50.

## Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen

47

## Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen  
gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

## Maifeier

für Stockelsdorf und Umgegend.

Am Freitag, dem 1. Mai, nachm. 3 Uhr:

Festzug mit Musik und Fahnen durch den Ort.

Sammeln der Genossen um 2 1/2 Uhr bei F. L. Paetau.

Abends 8 1/2 Uhr: Festrede des Genossen Stelling.

Nachdem: BALL.

3474

Das Komitee.

## Glas scheiben

aller Art billigst,  
Kitt, Draht,  
Diamanten etc.

Oscar Tauchnitz, Fensterglas-  
Handlung,  
Hüxtertor-Allee 13. Fernspr. 808.

## Achtung! Bauarbeiter!

Abmarsch zur Maifeier mittags  
1 Uhr vom Gewerkschaftshaus.  
Keiner darf fehlen.

3493) Der Vorstand.



Arbeiter-  
Radfahrer-  
Bund  
Solidarität

Mitgliedschaft Lübeck.

Abfahrt zur Maifeier, mittags 1 Uhr  
vom Gewerkschaftshaus.

Tour nach Dornburg, Pödingen,  
am Sonntag, 8. Mai, Abfahrt  
2 1/2 Uhr vom Gewerkschafts-  
haus. (3489)

## Eutin

Jubiläums-Maifeier 1914

Freitag, 1. Mai, vorm. 11 Uhr:  
Große

Volksversammlung

im Lokale des Herrn Knickrehm,  
am Markt.

Referent: Redakteur Johs. Stelling,  
Lübeck.

Nachmittags 1 1/2 Uhr:

Umzug durch die Stadt

mit Musik und Fahnen.

Nach dem Umzug: Im Lokale des  
Herrn Knickrehm:

Konzert, Herren- und Damen-  
belustigungen, Kinderbescherung.

Abends: Ball.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
3482) Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein  
Schwartau-Rensefeld.

Einladung zur

## Mai-Feier

bestehend in

Konzert, Gesangsvorträgen, Fest-  
rede, turnerischen Aufführungen  
u. nachfolgendem Tanzfränzchen

am Freitag, dem 1. Mai

im Lokale des Herrn Süke,  
Rensefeld.

Eintritt 20 $\frac{1}{2}$ , Tanzschleife 30 $\frac{1}{2}$

Anfang 8 Uhr. (3483)

Die Maifeier-Kommission.

## Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

## Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.

148) Ende 12 Uhr.

## Neues Stadttheater

Mittwoch, den 29. April 1914:

Außer Abonnement. Einheitspreis.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Die spanische Fliege.  
Jeder Platz 75 $\frac{1}{2}$

Donnerstag, den 30. April 1914:

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.

Margarethe.

(Faust.)

Oper von Gounod.

Große Preise.

Freitag, den 1. Mai 1914:

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr

König Heinrich IV.  
Historisches Schauspiel von  
W. Shakespeare.  
Mittelpreise. 3485

## Deutscher Reichstag.

Urnalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 28. April.

243. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Vom Bundesratslich; Kommissare.  
Präsident Rümpf heißt die Abgeordneten nach der langen Osterpause willkommen.  
Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

### Die Impffrage.

Eine Anzahl von Petitionen, die die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Impfwesens, die Einführung der Gewissensklause, die Entschädigung bei Impfschäden, und die Unterlassung der zwangsweisen Anwendung des Impfgesetzes verlangen, beantragt die Kommission zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Antrag Ernststadt und Genossen (Konf.) will Ueberweisung zur Erwägung, zur Berücksichtigung nur, so weit die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlage des Impfwesens verlangt wird.

Mit zur Verhandlung steht eine vom Abg. Bod (SD.) zum Etat des Reichsgesundheitsamtes eingebrachte Resolution, die die Einsetzung einer paritätischen aus Impffreunden und Impfgegnern zusammengesetzten Kommission zur objektiven Untersuchung der ganzen Impfwangfrage verlangt; ferner eine Resolution des Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.), die sich mit der Resolution Bod deckt, und außerdem wünscht, daß das von der Kommission ausgearbeitete Material dem Reichstag in einer Denkschrift vorgelegt wird.

Bod (SD.): Die Petenten beklagen sich über willkürliche, im Impfgesetz nicht begründete Maßnahmen der Behörden. Leute werden ins Gefängnis geworfen, weil sie ihre Kinder nicht als Impflinge der Impfstelle zuführen. Ein Impfwang kennt aber das Reichsimpfgesetz nicht. Der Entwurf sah diesen Zwang vor, aber der Reichstag strich ihn heraus. Abg. Dr. Löwe, übrigens ein Anhänger des Impfwesens, meinte damals, daß lediglich eine Steuer oder eine Geldstrafe auf das Nichtimpfen gesetzt werden sollte. Trotzdem wird heute besonders in Preußen der Impfwang ausgeübt. Dadurch fühlen sich Hunderttausende von Staatsbürgern bedrückt. Es kommt hinzu, daß Tausende von Ärzten, zum Teil von anerkannter wissenschaftlicher Autorität, Gegner des Impfwesens sind. Die preussischen Behörden stützen sich auf ein Urteil des preussischen Obergerichtsgerichtes, das den Zwang für erlaubt erklärt, weil er nicht ausdrücklich im Gesetz verboten sei. Das ist doch ein ganz ungeheurerlicher Standpunkt. Das Reichsgesundheitsamt hat in einseitigster Weise für die Impffreunde Partei ergriffen, obwohl die Frage wissenschaftlich überaus strittig ist. Das Impfgesetz ist seinerzeit nur mit 2 Stimmen Mehrheit und unter dem frischen Eindruck einer großen Pockenepidemie beschlossen worden. Die Behauptung, daß die wiederholte Impfung für immer gegen die Pocken schütze, hat sich durch die praktische Erfahrung als unrichtig erwiesen. An der Impfung sind schon soviel Menschen gestorben, wie vielleicht niemals an Pocken. Ich selbst habe in drei Familien Infektionen nach der Impfung gesehen, über die ich entsetzt war. Auch unser früherer Kollege v. Gerlach, der sich vor einer Tropenreise impfen ließ, hat sehr schlimme Erfahrungen damit gemacht. Fast mußte ihm der Arm amputiert werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Selbst die amtliche preussische Statistik muß zugeben, daß eine ganze Anzahl von Todesfällen infolge der Impfung vorgekommen sind. (Hört, hört!) Das Reichsgesundheitsamt wünscht, daß nur gesunde Kinder geimpft werden; dabei müssen die Schulärzte feststellen, daß etwa 80 % der Kinder krank sind. Daß die Pocken infolge der Impfung abgenommen hätten, ist keineswegs richtig; in Italien, wo jetzt am intensivsten geimpft wird, nehmen die Pockenfälle stark zu. England dagegen, wo im Jahre 1907 die Gewissensklause eingeführt worden ist, ist das pockenfreie Land. (Hört, hört!) Auch in der Schweiz sind die Pocken in den Impflantonen häufiger als in den Kantonen

ohne Impfwang. Die Impffreunde berufen sich auf die 25 000 Pockenkranken in der französischen Armee während des Kriegesjahres, während in der deutschen Armee nur 250 Pockenfälle vorkamen. Natürlich waren die Gesundheitsverhältnisse in der französischen Armee schlechter, aber nach Auskunft des französischen Ministeriums sind in jenem Jahre in ganz Frankreich überhaupt nur 6000 Pockenfälle vorgekommen. Das Reichsgesundheitsamt fühlt selbst, daß mit dem Impfwang etwas nicht in Ordnung ist, es will aber nur die technischen Grundlagen des Verfahrens ändern, um die Gefahren auf ein geringeres Maß herabzubringen. Daß Gefahren mit dem Impfen verbunden sind, wird also jetzt zugegeben. Den Umschwung, der sich in den Kreisen der Wissenschaft vollzogen hat, zeigt auch eine Äußerung des leuchtenden Sternes am Impfhimmel des Prof. Ehrlich Hata, der bei einem Vortrag in Paris sagte: „Die Zukunft gehört nicht mehr den Impfungen, der Prophylaxe, der Serumtherapie, sondern dem Kadum, der Bestrahlung.“ Die Pocken sind, wie alle anderen Seuchen, eine Schmutzkrankheit, und sie sind zurückgegangen nicht infolge der Impfung, sondern mit der Hebung der Keimlichkeit, mit der Einführung der Kanalisation in den Großstädten, mit den besseren allgemeinen hygienischen Einrichtungen. Als einen wichtigen Faktor auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung bezeichnet ein Mitglied des Reichsgesundheitsamtes auch die Arbeiterversicherung. Auf diesem Wege sollte man fortfahren. Die Einsetzung einer paritätischen Kommission zur Untersuchung der Frage, zusammengesetzt aus Impffreunden und Impfgegnern, sollte das Reichsgesundheitsamt mit Freuden begrüßen. — Die Gewissensklause sollte sofort eingeführt werden. Es ist höchste Zeit, daß das Reichsgesundheitsamt neue Wege einschlägt. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Pfeiffer (Ztr.): Das Material der Impfgegner ist ins Uferlose gewachsen, und man kann nicht bestreiten, daß tatsächlich schwere Schäden vorhanden sind. Geheimrat Kirchner, der von dieser Tribüne aus von dem „verbrecherischen Treiben“ der Impfgegner sprach, wirt ihnen auch neuerdings noch vor, daß sie die „Stimme der Vernunft“ zu überschreien“ sohen. Aber die Impfgegner wenden sich vor allem gegen den Zwang, der im Gesetz gar nicht begründet ist, und verlangen eine einwandfreie Prüfung der ganzen Frage. Es handelt sich nicht um Eigenbrödel einzelner Personen, sondern um eine aus Erfahrungstatsachen gewonnene Ueberzeugung, daß auf diesem Gebiete schwere Schäden vorliegen. Man sagt, wenn die Lymphe einwandfrei ist, ist keine Gefahr vorhanden. Aber dieses große „Wenn“ trifft eben fast niemals zu. Tatsache ist, daß trotz der Impfung noch eine große Zahl von Pockenkrankungen vorkommt. — Ich möchte auch von dem hier anwesenden Vertreter des Reichsjustizamtes wissen, ob dieses Amt auf dem Standpunkt steht, daß das Impfgesetz einen direkten Zwang vorsetzt.

Kramer (K.) spricht für den konservativen Antrag auf Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission zur Prüfung der Impffrage.

Fischer (Sp.): Die Impffrage ist keine politische Frage. Der größte Teil meiner Freunde glaubt, daß unsere Impferhebung sich bewährt hat, und daß kein Anlaß zu ihrer Aenderung vorliegt. Der Zwang zum Impfen ist notwendig, denn niemand hat das Recht, seine Mitmenschen zu gefährden.

Geheimrat Dr. Kirchner: Vor 2 1/2 Jahren ist der Reichstag über die Petitionen der Impfgegner mit großer Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Seit dieser Zeit hat sich nichts ereignet, was eine andere Stellung rechtfertigen könnte, außer einer empörenden schmähvollen Hege seitens der Impfgegner gegen meine Person. Ihre Agitatoren reisen im Lande herum und setzen die Frauen in Angst und Schrecken, als ob ihre Kinder einer großen Gefahr ausgesetzt werden sollen, jedoch sie sich schließlich zum Widerstand gegen die Staatsgewalt hinstrengen lassen. Dieses Treiben habe ich ein beinahe verbrecherisches genannt. Ich hätte vielleicht einen milderen Ausdruck wählen können, doch ist auch dieser Ausdruck kein berechtigter Anlaß zu der Hege gegen meine Person. Glücklicherweise ist es im Jahre 1913 nur in 7 oder

8 Fällen nötig gewesen, Kinder zwangsweise dem Impfsatz zuzuführen. Der Abg. Bebel ist seinerzeit sehr deutlich von den Impfgegnern abgerückt und wurde dafür von ihnen in häßlicher Weise angegriffen und verhöhnt. In den Sozialistischen Monatsheften hat ein sozialdemokratischer Arzt auseinandergelegt, daß der Impfwang im Interesse der ganzen Bevölkerung notwendig ist, und daß gerade ein Sozialdemokrat sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen durfte. (Hört, hört!) Die Rede des Abg. Bod hat mich sehr enttäuscht, denn er hat absolut nichts vorgebracht, was nicht auch vor 2 1/2 Jahren von den Impfgegnern gesagt worden ist. Ich müßte daher meine damalige Rede, die 2 1/2 Stunden gedauert hat, wiederholen. Ich will das jedoch nur im Auszug tun. — Der Redner sucht in längeren Ausführungen mit Erläuterungen graphischer Darstellungen die segensreichen Folgen der Impfung nachzuweisen. Die Einzelheiten bleiben auf der Tribüne unverständlich, auch die amtlichen Stenographen können zeitweise, wie Vizepräsident Dove erklärt, den Redner nicht verstehen. — Die Anträge der Kommission und die Wünsche nach Einsetzung einer Kommission aus Impfgegnern und Impffreunden sind unberichtigt, die Herren würden sich ja doch nicht einigen. Das einzige, worüber man sprechen könnte, wäre die Einsetzung einer Kommission durch das Reichsgesundheitsamt, zu der einige vernünftige Herren aus dem Lager der Impfgegner zugezogen werden können. Das Reichsgesundheitsamt verfolgt die ganze Frage behändig mit Aufmerksamkeit; haben Sie Vertrauen zum Reichsgesundheitsamt. (Leb. Bravo!)

Vertreter des Reichsjustizamtes Geheimrat Zimmer erklärt die Anwendung körperlichen Zwanges zur Durchführung der Impfung für gesetzlich begründet.

Goettingen (NL.) wendet sich gegen die Kommissionsanträge, die Einsetzung einer Kommission würde nur die ruhige wissenschaftliche Weiterarbeit auf diesem Gebiete stören.

Fabr. v. Söhle (Welle): In Preußen besteht der Impfwang seit 1827 und trotzdem haben die Pocken seitdem nur in ganz geringem Maße abgenommen. Der Zwang bei der Handhabung des Impfgesetzes ist jedenfalls im Gesetz selbst nicht begründet. — Ich bitte die Einsetzung einer paritätischen Kommission zu beschließen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Ergänzungsetzt, Fortsetzung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

Prekoprozess. Wegen richterlicher Beleidigung waren mehrere Genossen Hermann Müller als mutmaßlicher Verfasser eines Artikels und Genosse Schmidt als Verantwortlicher vor dem Gericht in Altenburg angeklagt. Im Prozeß bekannte Schmidt sich als Verfasser, worauf er zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt, Müller aber freigesprochen wurde. Der Prozeß war infolge einer häßlichen Denunziation eines bürgerlichen Redakteurs zustande gekommen.

Verbote des Massierens. Der Bürgermeister des preussischen Städtchens Lützen an der sächsischen Grenze unweit Leipzig, ein emigrierter Konterpartier, verweigerte die Erlaubnis zum Maierens, da „durch den demonstrativen Umzug durch die Straßen der Stadt eine zwecklose Hemmung des Straßenverkehrs erfolgt, und der weitaus größte Teil der Bürgerschaft in seinem nationalen und monarchischen Empfinden kränkt wird.“ — Der Magistrat der im Laufjahr Kohlenboden belegenen Stadt Senftenberg verlangte den Maierenszug aus prinzipiellen Gründen. Diese gesielen aber dem Landrat auf die eingelegte Beschwerde hin so wenig, daß er einen neuen Bescheid ausfertigen mußte, in dem es heißt: „In einem Ausmaß mit Würdigung des öffentlichen Wohls und der Vermeidung aller schärfster Art gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, die geeignet ist, die öffentliche Sicherheit zu gefährden, denn es würde voraussichtlich zu Zusammenstößen mit den durch

## Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Selbigenjahre von Graf E. v. Salta.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(31. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Es schien dem jungen Mädchen eine Fügung des Himmels zu sein, daß der Fürst das Gut Beresopole übernehmen sollte. Der angebotene Posten einer Wittin in Praskischefnoe war zu geringfügig, allein hier in Beresopole, wo sie geboren und erzogen war, wo sie stets gelebt hatte, und wo alle Leute sie kannten. . . hier zu herrschen und zu befehlen, das mußte gar zu verlockend sein. Wenn es also wirklich wahr wäre, hätte sie, daß der Fürst sie so innig liebte, so war, daß sie ihn am Schnürlein leiten konnte, wie ihr Trautbühne oftmals geschildert hatte, o welche ein Leben würde sie dann führen! Fürstin Pauline lebte hier gleichsam in der Verbannung, während sie doch rechtmäßige Herrin und Besitzerin sein würde, der alle Bauern Gehorsam zu leisten hätten.

Die Gedanken der schönen Eugenie schweiften in die Vergangenheit zurück, und sie erinnerte an so manche Demütigung und an so manchen Kummer. Sie fühlte, daß sie seit dem mißlungenen Verheirathung, einem Selbstmord zu begehen, sich sehr verändert hatte. Vor allem war sie viel klüger geworden, und dieses merkten auch die anderen; nur wußten sie nicht, welche eine Umwandlung in ihrem Herzen vorgegangen war — sie allein empfand es, daß sie schlecht geworden war. Einen ganzen Monat lang sah sie allein und zerschellte abstrichlich ihr Herz, so daß jetzt nur ein einziger Gedanke sie erfüllte. . . die Rache. Ja, rächen wollte sie sich, rächen an beiden, an Jegor und Pauline. Allerdings sah sie wohl ein, daß sie, eine Verheirathete, eine Waise, sich nicht an diese beiden Ehegatten heranzumachen vermochte; befaß sie ja nicht einmal einen Verwandten, der ihr behilflich sein konnte. Allein, wie hätte sie sich auch rächen sollen, da der Treulose über dreitausend Werst von ihr entfernt war! Selbst wenn er und seine Gattin in Rusland wären, was könnte sie ihnen wohl antun? Es war doch unmöglich, ein Messer zu nehmen und ihre Nebenbuhlerin niederzustechen. Wohl gab es Augenblicke, in denen ihr die Ermordung Paulines ausführbar schien; sie ergriff manchmal ein Beil und erprobte ihre Kraft. Ja, ja, sie fühlte die Kraft in sich, die verhaßte Rivalin zu töten! Kaum war jedoch eine Stunde verflissen, so erkannte sie, wie verlassen und hilflos sie war, und heiße Tränen rannen ihr über das blasse, schone Antlitz.

Jetzt war sie bereits bedeutend ruhiger; sie wußte, daß man das Verstorbene nicht wiederbringen konnte, und die Gesundheit zu untergraben oder vielleicht sogar ihr Leben zu vernichten, das wäre doch zu viel Ehre für den Treulosen gewesen. Augenblicklich hatte sie über etwas Wichtigeres nachzudenken. Der Fürst, der sie liebte, war jetzt der Besitzer von Beresopole! In Gedanken versunken, sah sie im Gras und vergaß alles rings um sich her. Hätte sie in diesem Augenblicke ein Fremder gesehen, so würde er ihren heftigen inneren Kampf in ihrem Gesicht gelesen haben. Sie atmete schwer, während sie ohne Unterlaß bald feuerrot, bald bleich wurde. Ihre Augen funkelten unheimlich, und bald ließ sie wie gebrochen ihren Kopf auf die Brust sinken, bald richtete sie sich stolz und hochmütig auf.

Es dauerte lange, ehe sie sich aus ihrem Grübeln aufrichtete. Endlich stand sie auf und seufzte tief und schwer. Es schien ihr, als wäre sie auf diese Waldwiese gegangen, um hier etwas zu begraben, und in der Tat war für sie die Stelle, auf welcher sie gelegen hatte — ein Grab, und es dünkte ihr, daß jeder Schritt, mit welchem sie sich von dieser Stelle entfernte, ein Schritt neues Leben sei, das gerade nicht allzu schön, aber immerhin besser war, als das jetzige.

„Ja, ja,“ sagte sie, „wenn es in Beresopole ist, dann verhält sich die Sache ganz anders!“

Sie lächelte, richtete sich stolz auf und fragte leise: „Ist es aber auch wirklich wahr? Wird es stattfinden? Und kann ich es tun? Bin ich schon bereit dazu?“

Blühlich bemächtigte sich ihrer eine so fürchtbare Angst, daß ihr fast der Atem ausging. Sie fürchtete, daß vielleicht jetzt, da sie sich entschlossen hatte, dem Fürsten ihr Jawort zu geben, dieser sich zurückziehen und sie kalt und stolz fortjagen würde. Sie wollte mit der Vergangenheit brechen und alles, was hinter ihr lag, auf immer begraben, allein möglicherweise ging es Elias Petrowitsch ebenso; auch er hatte sich vielleicht vorgenommen, alle Ländereien aufzugeben und ihr, seiner Wagn und Verheiratheten gegenüber nur den Herrn und Gebieter zu spielen. Nein, nein, das war ja Unstien, ein Ding der Unmöglichkeit! Aber hätte er sich wirklich verändert, dann müßte sie das Feuer der Liebe von neuem in ihm entfachen. Praskowia Andrejewna hatte es ja verstanden, alles zu erreichen, was sie anstrebte. . . warum sollte sie es nicht verstehen?

Mit diesen Gedanken kehrte Eugenie auf den Schloßhof zurück. In der Allee, deren Baumtrüben sich über ihrem Haupte wie ein Laubdach zusammenfügten, blieb sie stehen und lauschte. Alles war still und ruhig, und daraus schloß sie, daß der erwartete Gast noch nicht eingetroffen war. Zu-

fällig irrten ihre Augen nach dem „ersten Häuschen“ hinüber, welches zwischen den Bäumen und dem Blumengarten wunderbarlich abhob.

Das „erste Häuschen“ hatte ein ganz anderes Aussehen bekommen. Es war rot angestrichen und mit einem Windfange versehen worden, damit die Kälte nicht so sehr ins Innere dringen sollte. Dem Häuschen gegenüber befand sich eine Terasse, von welcher einige Stufen zu einem Blumengarten führten, der durch ein grünes Gitter vom herrschaftlichen Park abgegrenzt war. Unweit des „ersten Häuschens“ erhob sich jetzt noch ein kleines geschmackvolles Haus, in welchem sich die Küche und die Wohnungen für die Dienerschaft befanden. Im Innern war das „erste Häuschen“ gleichfalls völlig umgestaltet, angefangen von den Wänden, bis herab zu den Möbeln. Kurz, das Haus glich jetzt der Wohnung einer Gutsbesitzerin. Natürlich war dieses alles für die alte Frau eingerichtet, die ihr ganzes Leben hindurch hier gewohnt hatte und noch wohnte, nicht jedoch als eine Bäuerin, sondern als . . . die Schwiegermutter der Fürstin Praskowia Andrejewna, der jetzigen Frau Milomanow.

Eugenie stand jetzt neben dem Hause und betrachtete alles so aufmerksam, als sehe sie es heute zum ersten Male. Oder schaute sie jetzt alles mit anderen Augen und von einem anderen Gesichtspunkte aus an? Oder war es ihr früher niemals in den Sinn gekommen, den Veränderungen, welche mit dem Häuschen vorgegangen waren, ihre Aufmerksamkeit zu schenken, diesen Veränderungen, die auf eine völlig veränderte Lage der Bewohnerin schließen ließen.

„Ja, ja, man muß nur Geld und Macht besitzen, dann kann man alles erreichen.“ flüsterte Eugenie küßlich. „Es gibt Dinge, die ans Unerreichbare grenzen, und dennoch geschehen sie auf die einfachste Weise. Die Leute lachen und schreien, man glaubt, sie würden ewig schreien, und bereits nach kurzer Zeit gewöhnen sie sich, vergessen das alte und halten das neue für ganz notwendig. Wenn man vor einem Jahre uns prophetisch hätte, wie dieses Haus aussähen, wie Praskowia Andrejewna darin wohnen und was aus Jegor werden würde, hätte dann wohl ein einziger Mensch an diese Prophezeiung geglaubt? Jetzt haben sich alle in das Unermeidliche gefunden, und auch an mich werden sie sich gewöhnen. Ja, ja, das ist mir zu wenig,“ rief sie plötzlich mit lauter Stimme, „das ist mir viel zu wenig. . . er im Schloß, und ich in einer kleinen Hütte! Nein, dann lieber gar nichts! Und doch läßt es sich vorläufig nicht ändern, doch später wollen wir sehen. . .“

(Fortsetzung folgt.)

diese Demonstration sehr gereizten Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft kommen." Dieser Bescheid dürfte dem Landrat genügen.

**Aussperrung der Maler in Böhmen.** Die nordböhmischen Industriellen beschließen, jeden Arbeiter, der am 1. Mai eigenwillig feiert, bis zum 11. Mai auszusperrn. Kommt der Aussperrte am 11. Mai nicht zur Arbeit, so soll er in dem Vertriebe eines anderen Verbandes mitgeliebes vor Ablauf von sechs vollen Wochen nicht beschäftigt werden.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Der Streit der Maler in Koblenz** bei den organisierten Unternehmern dauert fort. Die bestreikten 15 Unternehmer sind fast vollständig ohne Arbeitskräfte, da auch die christlich-organisierten Gehilfen die Arbeit eingestellt haben. Es streifen etwa 75 Gehilfen, während bei den 14 bewilligten Firmen 120 zu den geforderten Bedingungen arbeiten. Der Unternehmerverband hat eine schwarze Liste herausgegeben, doch wird diese wirkungslos sein, da die Unternehmer im Malergewerbe anderwärts zurecht froh sind, wenn sie Gehilfen bekommen können. Vor Zugang von Malern, Lackierern und Anstreichern nach Koblenz wird weiterhin gewartet.

**Erfolgreiche Lohnbewegung der Maler in Marburg.** In Marburg ist auf dem Wege der friedlichen Verhandlung ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden, der eine Erhöhung des Stundenlohnes von 7 Pfg. verteilte auf die drei Vertragsjahre, bringt und Mindestlöhne von 48 Pfg. für Gehilfen über 20 Jahre und 42 Pfg. für solche unter 20 Jahren vorsieht. Es ist dies der erste Tarif im Marburger Malergewerbe. Die Unternehmer lehnten in früheren Jahren jede Verhandlung mit dem Verband ab, das geschlossene Vorgehen der Arbeiter brachte sie zur Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Der Abschluss einer Eiserntstragödie.** In einem Prozess gegen den Schneidmaier Jaskolsky in Berlin, der aus Eiserntstragödie im Oktober auf seine frühere Braut Elie Stürmer, deren Schwester und den Feilsurgenhelfen Rutil mehrere Revolverkugeln abfeuerte, durch die die Schwester der Braut, Margarethe Stürmer, getötet wurde, wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Jaskolsky hatte sich nach der Tat eine Kugel in die Schläfe geschossen und lag monatelang in Folge dieser Verletzung im Krankenhause. Die Mutter des erschossenen Mädchens tief nach der Urteilsverkündung wiederholt laut weinend aus: Ist das die Strafe für einen Mörder?

**Zaberner Nachlese.** Vor dem Zaberner Landgericht wurde am Dienstag die Entschädigungsfälle der Eltern des minderjährigen Mädchens, das der Leinwand v. Förstner feinerseits verführt haben soll, verhandelt. Die Angelegenheit wurde auf den 30. Juni vertagt. — Ferner wurden die sämtlichen Prozesse der Leinwand v. Förstner im Banduren-Keller Inhaltlichen jetzt erledigt. Es ist jetzt nur noch ein Prozess übrig geblieben, dieser wird später verhandelt werden.

### Aus Nah und Fern.

**Soldatenstragödie auf den Schienen.** In der Nähe der Haltestellen in Beelitz wurde gestern morgen auf dem Bahnkörper der Weßler Bahn die zerstückelte Leiche eines Soldaten gefunden. Kopf, Arme und Beine waren vom Körper getrennt. Der Vorstand der Station Beelitz leitete sofort Ermittlungen ein und stellte fest, daß es sich um einen Soldaten Beder der ersten Schwadron des dritten Gardeninfanterieregiments in Potsdam handelt, der Montag abend per Rad nach Beelitz gefahren war. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, steht noch nicht fest.

**Schreckenstat im Wahnwitz.** Ein erschütterndes Familiendrama hat sich in Schweißdick in den Parkanlagen am Schreberpark abgepielt. Die 24jährige Frau des Malers Halle, die schon seit einiger Zeit Spuren geistiger Störung gezeigt hatte, warf auf einem Spaziergange ihre beiden Söhne in Alter von fünf und drei Jahren in

das Wasser und sprang den ertrinkenden Kindern nach. Alle drei Personen fanden ihren Tod. Ein drittes Kind, ein siebenjähriger Sohn, entging nur dadurch dem Tode, daß er sich zu der Zeit, als die Tat geschah, in der Schule befand.

**Ein Förster von Wilderern erschossen.** Im Wald bei Orleshausen traf der Förster Laubach mehrere Wilderer auf der Jagd. Es kam zu einem Kampfe, bei dem der Förster erschossen wurde. Die Täter sind erkannt, konnten aber noch nicht verhaftet werden.

**Haubard und Brandstiftung.** Ein schweres Verbrechen wurde in der Nacht zum Dienstag in Krausfeld verübt. Einbrecher drangen dort in das Haus des Handelsmannes Stein, um zu stehlen. Offenbar wurde Stein durch das Geräusch geweckt und trat den Einbrechern entgegen. Er wurde durch Beilhiebe so schwer verletzt, daß er gestern früh seinen Verletzungen erlegen ist. Auch die Frau und vier Kinder wurden von den Verbrechern durch Beilhiebe verwundet. Dann zündeten die Verbrecher das Haus an, das zum Teil vernichtet wurde. Die Staatsanwaltschaft ist aus Gießen mit einigen Polizeihunden am Tatort eingetroffen. Man hat bis jetzt von den Verbrechern noch keine Spur. — Zu der Mordtat erfährt die „Saalfurter Zeitung“ aus Gießen: Ueber die Person der Täter ist man noch völlig im unklaren. Doch nimmt man als sicher an, daß die Mörder über und über mit Blut bespritzt sein müssen. Der Mord ist nachts zwischen 12 und 1 Uhr geschehen. Nach dem Mord haben die Einbrecher das Haus der Ermordeten angezündet, jedenfalls um die Spuren ihrer Tat zu verwischen. Als die Feuerwehr nach 1 Uhr anrückte, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick dar. Im Schlafzimmer zu ebener Erde lag der Fruchthändler Abraham Stein, dessen Kopf mehrere schwere Wunden aufwies, die von Beilhieben herrührten. Er ist gestern früh 5 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen. Auch die Frau ist derartig schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davontommen wird. Im Zimmer des ersten Stockes schliefen die vier Kinder des Ehepaars, zwei Söhne und zwei Töchter. Auch sie sind durch Beilhiebe schwer verletzt worden. Bis jetzt ist keiner der Verletzten vernunftfähig.

**Wieder ein Zusammenstoß in Zabern.** Der erste Zusammenstoß zwischen den heimgekehrten Neunundneunzigern und einem Zaberner Einwohner hat sich Sonntag abend in einer Wirtschaft zu Zabern zugetragen. Nach den Darstellungen spielte sich der Vorfall folgendermaßen ab. Mehrere Burtschen saßen und tanzten in angeheitertem Zustande in der Wirtschaft. Dabei kam es zwischen der Tochter des Wirts, die mit einem Sergeanten des neunundneunziger Regiments verheiratet ist, und einem 20jährigen Burtschen zu einem Streit. Der Burtsche behauptet nun, bei dieser Gelegenheit von der Wirtstochter einen Schlag ins Gesicht erhalten zu haben. Er habe dann diesen Schlag sofort erwidert. Hierauf habe der Sergeant, der Gatte der Frau, sechs Revolverkugeln abgegeben, die niemand trafen. Dann ging der Burtsche zur Wirtschaft hinaus und wollte mit seinem Rad nach Hause fahren, wobei ihn der Sergeant auf der Straße verfolgte, das Seitengewehr zog und den Burtschen stach. Außerdem schlug der Sergeant mit der Waffe nach dem Kopf des Burtschen, der nicht unbedeutliche Verletzungen erlitt. Er konnte zwar mit dem Rade noch nach Hause kommen, mußte aber Montag vormittag nach dem Straßburger Spital überführt werden.

**Familiendrama.** Der Hauptlehrer Hauff aus Burgfelden im Oberamt Balingen erschoss im Rheineck am Bodensee zuerst seine beiden Söhne und dann sich selbst.

**Haubardverfall.** In der luxemburgischen Ortschaft Schouweiler drangen nachts maskierte Räuber in das Haus des alleinlebenden Rentners Fohr und gaben, als dieser sich zur Wehr setzte, drei Schüsse auf ihn ab. Fohr wurde am Hals schwer verletzt. Die Räuber knieten ihn mit einem Bettuch und banden ihm ein Tuch vor das Gesicht. Nachdem sie die Wertschaft Fohrs geraubt und sich am Wein gestärkt hatten, verschwanden sie. Gestern morgen hörten Nachbarn die jammernden Hilferufe Fohrs. Sie erbrachen die Tür des Hauses und fanden Fohr in seinem Blute liegen.

**Eine französische Fahne gestohlen.** In der Nacht zum Dienstag wurde in Luxemburg die französische Fahne an der französischen Gesandtschaft von der Stange heruntergeholt und gestohlen.

**Zu der Explosion des russischen Petroleumdampfers „Komet“** in der Nähe des Hafens von Algier werden jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Der Dampfer „Komet“ hatte außer seiner Petroleumladung auch 3000 Tonnen Benzin an Bord. Die Besatzung bestand aus 29 Mann und der Frau des Kapitäns. Von der Besatzung konnten sich nur diejenigen retten, die sich bei der Explosion in der Mitte des Schiffes befanden und sofort ins Wasser sprangen. Die übrige Besatzung verbrannte oder wurde in Stücke gerissen. Die Frau des Kapitäns kämpfte, an einen Balken angeklammert, zwei Stunden lang mit der hochgehenden See. Die Frau wurde dann von der Mannschaft des italienischen Dampfers „Campano“ gerettet und an Bord genommen. Das brennende Wrack treibt 6 Seemeilen von Algier entfernt.

**Ein englischer Dampfer von chinesischen Seeräubern überfallen.** Aus Hongkong wird gemeldet: Der englische Dampfer „Laiou“ mit der Bestimmung nach Westruver ist auf der Höhe von Kiau Nordkalas von Seeräubern angehalten und verbrannt worden. Hundertfünfzig Passagiere und die Besatzung wurden von einem dazukommenden Dampfer aufgenommen; Hundertachtzig Passagiere werden vermisst.

**Überfall durch Koreaner.** Aus Tokio wird berichtet: In der Umgegend von Masamphoc überfiel ein Koreanerhaufe japanische Feldweiser. Militärabteilungen, die zu Hilfe gerufen wurden, konnten nach einem Kampfe, in welchem viele Personen getötet oder verwundet wurden, die Ruhe wieder herstellen.

**250 Bergleute eingeschlossen?** In einem Kohlenbergwerk in Coctes (Westvirginien) erfolgte eine Explosion. Es sollen 250 Bergleute eingeschlossen sein.

**Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten von Nordamerika** beträgt nach dem neuesten Bericht des Zensusbureaus 98 Millionen, mit den auswärtigen Besitzungen 109 Millionen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellina.  
Verleger: Th. Schwarzk. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.



Schuhputz „Urbin“ überall zu beziehen!  
Lübeck, Markt 4, Ecke Gänsemarkt

**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**Maiseier-Komitee.**

Morgen Donnerstag abd. 8 Uhr  
mit Mitkomiteemitgliedern  
**Sitzung**  
im „Gewerkschaftshaus“.

**Hans Stüwe**  
im 77. Lebensjahre.  
Tief betrauert von  
H. Werner u. Frau, geb. Stüwe.  
H. Stüwe u. Frau, geb. Joch.  
K. Stüwe u. Frau, geb. Goldfretter.  
H. Stüwe u. Frau, geb. Giegener.

Die Beerdigung findet statt am  
Freitag, den 1. Mai, vormittags  
9 1/2 Uhr, von der Kapelle des All-  
gemeinen Friedhofes (Burgtor)  
aus. (3450)

Allen Verwandten und Bekannten  
sagen wir für die innige Teilnahme  
an unserer bestürzten, innig-  
geliebten Tochter Anna unseren  
besten Dank.

**H. Hans und Frau,**  
geb. Jangclaus.  
(3451)

Am Dienstag morgen ent-  
schief nach längerem Leiden  
meine liebe Frau, meiner Kinder  
gute Mutter

**Dora Meyer,**  
geb. Schlimann,  
im 54. Lebensjahre, tief betrauert  
von mir, meinen Kindern und  
allen Angehörigen. (3487)

**Johann Meyer**  
und Kinder.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, d. 1. Mai, 1 1/2 Uhr, vom  
Brauerhaus, Bangweg 1, nach  
dem Vorwerk Friedhof statt.

**Junge beim Milchwagen**  
zu sofort oder später gesucht. (3496)  
Wohnung von 10-11 Uhr in  
Hasses Annen-Exp., Gürtel 113.

1 Damenjackett, Gr. 42, 1 Herren-  
Sommerjackett, 1 Paar Herren-  
hiesel, Gr. 43, billig zu verkaufen.  
(3490) Warendorffstr. 70, pat.

1 neues Sofa, pass. f. Brautleute,  
bill. u. verk. (3494) La. Solberg 53.

**Fahrrad** fast neu, billig zu  
verkaufen.  
H. Heinsen, Schwartau.  
(3455) Rangau-Allee 9a.

Gefucht gute Pflegekinder für  
einen 10 Wochen alten Knaben.  
(3495) Näheres Warendorffstr. 20.

**Zugänger** zu kauf.  
Ang. u. W 55 a. d.  
Exp. d. Bl. (3491)

**Sichere Existenz.**  
Leute jeden Berufs werden in  
kurzer Zeit zum Chauffeur aus-  
gebildet und erhalten danach Stellung  
gratis unter schriftlicher Garantie.  
Anfragen erb. die (3400)  
Anh. Automobil-Zentrale,  
Leopoldshall-Station.

**Visitkarten**  
— ff. Ellenbeinkarton —  
100 Stück von Mk. 1.— an  
liefert  
Die Buchdruckerei des  
Lübecker Volksboten :  
Johannisstr. 46.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mk.  
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

**Beerdigungs-Anstalt St. Lorenz-Süd**  
Nehmen wir ganze Beerdigungen für hier und auswärts  
zu den billigsten Bedingungen. Einleitung jeder Art.

**Wilh. Stetenbuhr** Dornestr. 20a. Fernspr. 2561.

**Maiseier Seerech.**  
Große öffentliche  
**Volksversammlung**  
am Freitag, d. 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn Wendt in Seerech.

Lageordnung:  
**Die Bedeutung des 1. Mai.**  
Referent: Arbeitersekretär **P. Hoff-Lüben.**  
Der Arbeiter-Turnverein hat freudlichst seine Mitwirkung zugesagt.  
Zahlreiches Erscheinen der Männer und Frauen von Seerech und  
Umgegend erwartet

3492  
3484

Der Einberufer.

Mittwoch,  
den 29. April:  Donnerstag,  
den 30. April:

**Abschiedsvorstellungen d. Winterspielplanes**  
zu halben Preisen auf allen Plätzen.  
Auitreten der gesamten erstklassigen Variété-  
Spezialitäten und das Hartenstein-Gastspiel:  
**Gottlieb geht bummeln.**

Am 1. Mai im Gefängnis.

(Eine Maffereinerinnerung.)

Früher war herrliches Frühlingswetter, bei mir aber im großen Stillen ein wenig trüblich...

Du bist ein Gefangener! Die eiserne Stange meines Fensters, die gelochte Tür, die Farbe deiner Kleider sagt dir, daß du keine Freiheit verloren hast...

Wir haben gelassen zur Grube ein, Tief unter Tag. Was soll uns der goldige Sonnenschein und der blühende Tag?

Dann kommt wohl ein Wetter - Kauf, Bruder, kauf! Die Waaren spitzieren, die Pfosten schmettern...

Es sammelt mein Weib, es schluchzt mein Kind, Die weinen sich nun die Augen blind...

Die Brüder fahren zur Grube ein Und brechen sich Bahn. Sie suchen durch Erz und Kohle und Stein...

sein der Pflanzen lagert. Und so kommt es, daß in der freien Natur allerhand Gemächse auf einem Boden gedeihen...

Gemeinschaftliche Erziehung.

Aber es liegt auch ein Stück Sozialismus in der Kindererziehung.

Die gemeinschaftliche Erziehung, die die die Fähigkeiten zu dem ganz jungen Kinde entwickelt will, arbeitet in sozialistischem Geiste.

Die geleseinte Zeitschrift der Welt

steht das „Bulletin de l'Agriculture“ zu sein, das vom belgischen Landwirtschaftsministerium herabgegeben wird.

Der Bergmann.

Von Max Barthel.

Wir haben gelassen zur Grube ein, Tief unter Tag. Was soll uns der goldige Sonnenschein...

Dann kommt wohl ein Wetter - Kauf, Bruder, kauf! Die Waaren spitzieren, die Pfosten schmettern...

Es sammelt mein Weib, es schluchzt mein Kind, Die weinen sich nun die Augen blind...

Die Brüder fahren zur Grube ein Und brechen sich Bahn. Sie suchen durch Erz und Kohle und Stein...

Heiteres.

Kindliche Ehrfurcht. - „Mama, darf man zu einem Anders gemeint. - „Ich kann jeden Menschen nach seinem Essen beurteilen.“ - „Sie, sag'n S' das rich' no amal!“ - „S' hab grad Dopsienfleisch gessen!“

Wenn der Boden, in dem eine Gartenpflanze eingepflanzt ist, mit einer dünnen Torfschicht belegt wird, so läßt sich eine Steigerung des Wachstums beobachten...

Torfbindung.

Die Torfbindung besteht darin, daß der betreffende Dünger obenauflage, nicht eingegraben wird. Es wird diese Düngungswiese sowohl vom Gärtner als auch Landwirt zur Zeit immer mehr angewendet.

Wert der Kopfbündung.

Die Kopfbündung besteht darin, daß der betreffende Dünger obenauflage, nicht eingegraben wird. Es wird diese Düngungswiese sowohl vom Gärtner als auch Landwirt zur Zeit immer mehr angewendet.

Die große urtrefliche Sache ist und kann gelassen mit uns kaum angakarrirt und allen Glanz zu tragen.

Der Herr Direktor... hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

### Der Zentraldirektor.

Der Zentraldirektor... hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Der Herr Direktor... hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Der Herr Direktor... hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Blumenfüße auszubauen, die bis dahin auf dem Südpolarmarkt ein wenig den Gärten der Provinz im großen Umfang geblieben.

Der Herr Direktor... hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

### Für unsere Frauen.

Stiefel zur Mafierie!... Einmal ist die Sache zu entscheiden, wenn die Frauen nicht zu Hause bleiben wollen.

Einmal ist die Sache zu entscheiden, wenn die Frauen nicht zu Hause bleiben wollen.

Einmal ist die Sache zu entscheiden, wenn die Frauen nicht zu Hause bleiben wollen.

Stiefel zur Mafierie!... Einmal ist die Sache zu entscheiden, wenn die Frauen nicht zu Hause bleiben wollen.

Stiefel zur Mafierie!... Einmal ist die Sache zu entscheiden, wenn die Frauen nicht zu Hause bleiben wollen.

### Ein kleiner Teufel.

Ein kleiner Teufel... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Ein kleiner Teufel... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Ein kleiner Teufel... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Ein kleiner Teufel... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Ein kleiner Teufel... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

### Ein Rindergeldhof.

Ein Rindergeldhof... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Ein Rindergeldhof... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Ein Rindergeldhof... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

„Mutt, wirt?“... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

„Mutt, wirt?“... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

### Was man fernhin stellt.

Was man fernhin stellt... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Was man fernhin stellt... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.

Was man fernhin stellt... Er hat sich für die Erfolge, die er durch das Werk der Gefangenen erzielt hat, sehr dankbar zu erklären.